Grundsatzpapier 1988 : für einen sanften Ausstieg : die Position der Umweltorganisationen der Energiepolitik

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **- (1988)**

Heft 3: **Aufstieg, Wirtschaft und Politik**

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-586232

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

DIE POSITION DER UMWELTORGANISATIONEN FÜR EINEN SANFTEN AUSSTIEG IN DER ENERGIEPOLITIK[1]

GRUNDSATZPAPIER 1988

Energie ist einer der Hauptmotoren unserer Gesellschaft. Art und Menge unseres Energieverbrauchs widerspiegeln aber auch unser Verhältnis zur Umwelt. Und genau das veranlasst die fünf Umweltorganisationen, sich im Rahmen ihrer gesamten Politik mit Energiefragen zu befassen. Mit steigendem Energiekonsum geht es uns – entgegen der herrschenden Meinung der Wachstumsökonomen – nicht immer besser und besser. Im Gegenteil: Uns wie auch unserer Umwelt geht es schlechter und schlechter – Luftverschmutzung, Waldsterben, überfüllte Deponien, aber auch mehr Atemkrankheiten, mehr Allergien, mehr Stress und mehr Lärm sind die Folgen eines überbordenden quantitativen Wachstums.

Wachsen statt wuchern!

Überspitzt gesagt: Alles wächst – nur nicht (mehr) unsere Lebens- und Umweltqualität. Dies lässt sich in den verschiedensten Bereichen zeigen, man denke nur an den Bauboom, die «Entwicklung» der Landwirtschaft zu einer Agroindustrie oder die in astronomische Höhen steigenden Ausgaben im Gesundheits- bzw. Krankheitswesen.

Es ist Aufgabe der Umweltorganisationen, bezogen auf die Energiepolitik, die entschiedenden Fragen zu stellen: Wieviel Energie erträgt die Natur, wieviel der Mensch? Und wieviel davon braucht er überhaupt?

Das sind grundsätzliche Fragen, deren Beantwortung immer dringender wird. Denn die Natur und wir selbst halten das herkömmliche, wuchernde Wachstum der Wirtschaft nicht mehr aus. Ein wachsender Teil davon – ausgedrückt im Bruttosozialprodukt als vermeintlichem Gradmesser unseres Wohlstandes – wird gleich wieder durch Reparaturleistungen aufgesogen, mit denen man die Wachstumsschäden an Mensch und Natur zu beheben versucht, so etwa mit Kläranlagen, durch Hospitalisierung von Unfallopfern oder Stressgeschädigten oder – im nuklearen Bereich – beim Versuch einer Beseitigung («Entsorgung») der radioaktiven Abfälle. Ein typisches Beispiel ist das Projekt für ein Atomkraftwerk Kaiseraugst – eine milliardenschwere Fehlinvestition der privaten Elektrizitätswirtschaft, die aber von der Öffentlichkeit bezahlt werden muss.

Angesichts der drängenden Probleme und im Interesse der kommenden Generationen erachten es die Umweltorganisationen als unumgänglich, diese Wachstumsspirale längerfristig zu brechen, die Konsumzunahme zu beschränken und damit unsere Wohlfahrt zu erhöhen.

Atomenergie – ein (gemachter) Sachzwang

Dieser Wachstumsideologie entsprechend setzte man in den fünfziger und sechziger Jahren für die wachsende Stromnachfrage auch in der Schweiz auf das «friedliche» Atom. Es verhiess unerschöpfliche Quellen billiger, sicherer und sauberer Energie und damit – implizit – das «Paradies auf Erden», da eine Zunahme des Energieverbrauchs mit einer Zunahme des Wohlstands gleichgesetzt wurde. So ist es begreiflich, dass man lange Jahre auf die Karte Atomenergie setzte.

Bereits Mitte der siebziger Jahre formierte sich eine breite Opposition gegen die offizielle (Atom-)Strompolitik, die allmählich auch gangbare Wege aus der Atomfalle aufzeigte. Im September 1978 legten sechs Umweltorganisationen eine bahnbrechende Studie mit dem Titel «Jenseits der Sachzwänge» vor, in der ein Konzept für eine menschen- und umweltgerechte Energiepolitik, notabene ohne Atomenergie vorgeschlagen wurde[2]. Die Ausgestaltung einer atomfreien Energieversorgung ist inzwischen mehrmals untersucht und konkretisiert worden. Das jüngste Beispiel gab die – als Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl – vom Bundesrat einberufene Expertengruppe Energieszenarien EGES.

Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft profitieren von einem Ausstieg

Die Ergebnisse der EGES bestätigen unsere Haltung, wonach der Ausstieg aus der Atomenergie möglich, ja wirtschafts-, sozial- und umweltpolitisch sinnvoll ist. Dieser «Ausstieg» oder besser: Umstieg auf eine umwelt- und menschengerechte Energiepolitik heisst keineswegs, dass uns die Lichter ausgehen, wie der Bevölkerung von seiten der Atomwirtschaft nach wie vor suggeriert wird, im Gegenteil: Gemäss EGES ist ein mittelfristiger, schrittweiser Ausstieg sogar bei – fragwürdig – hohem Wirtschaftswachstum möglich und schafft zusätzliche Arbeitsplätze wie auch Innovationsimpulse für die Schweizer Wirtschaft.[3]

Nicht Verzicht, sondern Intelligenz ist nötig

Der Schlüssel zu einer zukunftsgerichteten Energiepolitik ist die Ausschöpfung des Energiesparpotentials, wobei «Sparen» nicht «Verzicht», sondern «rationelle» Energienutzung bedeutet. Durch höhere Wirkungsgrade von Motoren, Lampen, Geräten überhaupt wird – bei gleicher Leistung! – weniger Energie benötigt. Laut EGES sind Investitionen in Stromspartechniken langfristig rentabel, das heisst: die Energieeinsparungen können die Mehrkosten der besseren Geräte selbst bezahlen. Die Stromtarife sollen so gestaltet werden, dass energiebewusste Konsumenten belohnt, Verschwender dagegen zur Kasse gebeten werden.

Eingriffe in die bestehende Gesetzgebung haben nicht prinzipiell Verbotscharakter, sondern schaffen den Rahmen für eine konsequente Sparpolitik, die auf der marktwirtschaftlichen Basis von Angebot und Nachfrage vollzogen werden kann. So wird auf der Produktionsseite die Monopolstellung der Elektrizitätswerke aufgebrochen, indem auch private Stromerzeuger Anreize erhalten, Elektrizität ins öffentliche Netz abzugeben.

Mehr Atomenergie heisst mehr Staat

Das Szenario «Weiterfahren» auf dem heutigen (Atom-)Kurs setzt massive staatliche Eingriffe voraus. In 38 Jahren nämlich, bis 2025, müssen demnach laut EGES 19 neue Atomreaktoren gebaut werden: sechs zusätzliche, neun als Ersatz für die bestehenden Werke und vier sogenannte nukleare Heizreaktoren. Alle zwei Jahre ein neues AKW!?

Dazu müssten in Kürze Planungs-, Bewilligungs- und (für die Atommüllagerung) Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Bei der heutigen atomkritischen Stimmung in der Bevölkerung ist dies nur möglich, wenn massiv Polizei oder gar Militär eingesetzt würde. Von der Verwundbarkeit des Systems durch Bestechungen – man denke an die Transnuklear-Affäre – und der nach wie vor auch technisch ungelösten Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle ganz zu schweigen.

Sogar EGES beschönigt Atompfad

Trotz des gewaltigen Atomparks schneidet das Szenario «Weiterfahren» («Referenz») punkto Luftverschmutzung wesentlich schlechter ab als das Ausstiegsszenario. Dies gilt insbesondere für die Stickoxide, Schwefeldioxid und auch Kohlendioxid (CO_2). Damit ist die Behauptung der Elektrizitätswirtschaft offiziell widerlegt, dass die Atomenergie einen Beitrag leiste zur Milderung des globalen Treibhauseffekts, ein Ausstieg dagegen schnurstracks in die Klimakatastrophe führe. Im Gegenteil: Auch die Verdoppelung der Atomreaktorleistung in der Schweiz hiesse eine Zunahme der CO_2-Produktion um 10 Prozent.

Bezüglich Luftverschmutzung ist festzuhalten, dass allen Szenarien die gleiche, optimistische Basis der Schadstoffentlastung zugrundegelegt wird. Der Optimismus besteht darin, dass angenommen wird, das Luftreinhaltekonzept des Bundesrats lasse sich tatsächlich realisieren. Demnach wären 1995 die Stickoxid- und Kohlenwasserstoff-Emissionen etwa doppelt so hoch wie 1960. Mit diesem Konzept wird aber nicht einmal das offiziell für notwendig erklärte Ziel erreicht, die Verschmutzung durch Stickoxide und Kohlenwasserstoffe bis 1995 auf das Ausmass von 1960 zu drücken.

Das «Referenz»-Szenario kommt dabei zu gut weg, weil auch ihm der bundesrätliche Massnahmen-Katalog unterstellt ist, der von den massgebenden atomfreundlichen Kreisen bislang mit allen Mitteln erfolgreich bekämpft worden ist und auch in Zukunft bekämpft wird: beispielsweise die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung, die Verschärfung der Abgasvorschriften für Dieselfahrzeuge in Richtung US-Norm, der Verzicht auf den Weiterausbau der Nationalstrassen, die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe oder eine Lenkungsabgabe auf Brenn- und Treibstoffe.

Allein aus lufthygienischen Gründen ist ein «Weitermachen» wie bisher absolut unverantwortlich, stiege doch der Verbrauch von fossilen Brenn- und Treibstoffen um 10 Prozent (bei einem Ausstieg würde er um 6 Prozent sinken). Der Bruttoverbrauch von Energie insgesamt nähme in weniger als 40 Jahren um 40 Prozent zu, würde dagegen bei einem Ausstieg um 25 Prozent sinken.

Ein «Weitermachen» führt in die Katastrophe

Für die Umweltorganisationen ist die Energiepolitik nach «Referenz»-Szenario aus umweltpolitischer Sicht völlig untragbar. So ist die in den EGES-Arbeiten vernachlässigte Niedrigstrahlung ein beachtliches Gefahrenpotential in einer «Atomschweiz 2025» mit 19 Atomreaktoren (wobei «kleinere» Störfälle zum «Normalbetrieb» gehören), mindestens einem Zwischenlager, einem Endlager für schwach- und mittelaktive sowie einem solchen für hochradioaktive Abfälle und etlichen Brennstofflagern wie auch Abklingbekken bei den Reaktoren selber. Die Umweltbelastung der Atomenergie samt ihrem sogenannten Brennstoff-«Kreislauf» (der gar keiner ist) ist von der EGES unbeachtet geblieben (Uranschürfung, Brennstoff-Herstellung, Betrieb, Wiederaufbereitung, Lagerung sowie Transport).

Geld und Geist wegweisend einsetzen

Auch wirtschaftspolitisch erachten wir den Energiewachstumspfad als eine Sackgasse. International gesehen befinden wir uns heute in einem neuen Umbruch: Ra-

1 Gemeinsame Stellungnahme von SBN, SES, SGU, WWF, NFS an der Medienkonferenz vom 17.5.88 in Bern.

2 SBN, SES, SGU, SVV, WWF (Hrsg., 1978): Jenseits der Sachzwänge. Ein Beitrag der Umweltorganisationen zur schweizerischen Gesamtenergiekonzeption. ropress, Zürich

3 Für einen mittelfristigen Ausstieg bis 2025 heisst ein hohes Wachstum von 1,9 Prozent pro Jahr die Verdoppelung des Bruttoinlandprodukts bis dann – mit entsprechender Güterproduktion!

tionalisierung durch Computer und Roboter, Produktionsauslagerung in Billiglohnländer, knappe – besetzte – Märkte einerseits, Marktbarrieren durch Binnenmärkte (beispielsweise den EG-Markt) anderseits, Fusionen und Übernahmen – und was der Stichworte mehr sind. Es gilt also, Geld wie Geist richtig, wegweisend zu investieren.
Wir meinen, dass die Spartechnologie der Schlüssel zu einer zukunftsgerichteten Entwicklung der Schweizer Wirtschaft ist. Unsere Triebfeder ist also nicht Technikfeindlichkeit – wir sollten aber, um mit dem Physiker Klaus-Michael Meyer-Abich und dem Ökonomen Bertram Schefold zu sprechen, nur die Techniken einsetzen, mit denen wir besser leben als ohne sie.

Sparinnovationen als Chance

Die Chance unseres Landes liegt entsprechend nicht in der Produktion von Massengütern, sondern von qualitativ hochstehenden Produkten, die sowohl in Herstellung wie Gebrauch oder Anwendung umweltschonend sind. Der Ausstieg aus der Atomenergie und Umstieg in eine neue Energiepolitik ist nicht «nur» umwelt- und energiepolitisch nötig, sondern liegt auch im wirtschaftspolitischen Trend: Abkehr von der Grosstechnologie, Impulse durch massgeschneiderte, innovative, individuelle Lösungen heisst die Devise. Investitionen in diese Spartechnologien sichern unsere Arbeitsplätze, das Festhalten an kapitalintensiven Spekulationsgrossprojekten mit importierter Technologie dagegen gefährdet sie.

Schweiz als Vorreiterin und Vorbild

Es ist unseres Erachtens gerade Aufgabe der Schweiz, die wie kein anderes Land im Wohlstand lebt, verantwortungsbewusste und glaubwürdige Antworten auf die Frage nach einem wirklich gangbaren Weg in die Zukunft zu geben. Die Regierungsrichtlinien des Bundesrats für die Legislaturperiode 1987 bis 1991 bieten dazu unter dem Stichwort «qualitatives Wachstum» erste Ansätze. Umweltschonende Güterproduktion nun muss mit schonendem und intelligentem Umgang mit Energie beginnen. Die Wirtschaft hat so beschaffen zu sein, dass wir uns vor ihren Langzeitfolgen nicht zu drücken brauchen.

Nicht jäher, aber klarer Kurswechsel in der Energiepolitik

Die Umweltorganisationen wollen das Steuer nicht abrupt herumreissen, aber wir möchten einen klaren Kurswechsel in Richtung Atom-Ausstieg und Verbrauchsrückgang bei den übrigen umweltbelastenden Energieträgern angeben, damit die schweizerische Energiepolitik überhaupt wieder einen Kurs bekommt, heraus aus dem jahrelangen Dümpeln fortgesetzter Nicht-Entscheide und Entscheidungsunfähigkeit (die Frage des Atommülls ist hier nur ein Beispiel von vielen). Technik und Instrumente für eine menschen- und umweltgerechte Energiepolitik sind vorhanden. Die Wirtschaft – die nicht mit der Energiewirtschaft gleichzusetzen ist – wartet auf ein klares (erlösendes) Zeichen der Politiker, damit sie wieder weiss, woran sie ist, damit sie ihre Investitionen langfristig richtig planen kann.
Aber auch die Bevölkerung möchte aus dem Patt heraus und von den Grabenkämpfen weg kommen – in ihrer Mehrheit ist sie gegen die Atomenergie eingestellt, hat aber, als Summe von Einzelpersonen, keine Entscheidungsbefugnis. Ihr wird nur mit millionenschweren sogenannten «Spar»-Kampagnen ein schlechtes Gewissen eingeimpft und eigene Rat- und Hilflosigkeit vor Augen geführt.
Entscheidend für den Erfolg eines «sanften», das heisst: schrittweisen, mittelfristigen Ausstiegs aus der Atomenergie, ist die Verwirklichung einer langfristigen, konsistenten Energiepolitik, die auf effizienter Energienutzung und der Förderung erneuerbarer Energien beruht. Wir müssen heute entscheiden, dass wir morgen aussteigen.

HEUTE HANDELN FÜR DEN AUSSTIEG VON MORGEN

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE IN DER STROMPOLITIK

Für die kommenden Parlamentsberatungen und die politischen Weichenstellungen in der Energiepolitik fordern die Umweltorganisationen folgende Schritte:

1. Stromspargesetz vorziehen

Die unverzügliche Einführung eines Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (Stromspargesetz) ist der politische Prüfstein für einen glaubwürdigen Sparwillen, das heisst für die Frage, ob eine echte und wirksame Sparpolitik tatsächlich eingeschlagen wird oder nicht. Auch die neuste Bestandesaufnahme des «Energiepolitischen Programms» der Kantone vom April 1988 zeigt überdeutlich, dass im Stromsektor ein grosser Spar-Nachholbedarf besteht, haben sich die Sparbemühungen der Kantone doch fast ausschliesslich auf den Bereich Heizenergie beschränkt.
Das Gesetz ist den Eidgenössischen Räten vorzulegen, bevor ein Verfassungsartikel verabschiedet wird, denn für ein Stromspargesetz besteht bereits eine Verfassungsgrundlage – und das Gesetz ist die